
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DR. NAAS: FREIE DEMOKRATEN WOLLEN PHOTOVOLTAIK AN DENKMALGESCHÜTZTEN GEBÄUDEN ERMÖGLICHEN

12.10.2022

- **Bürger und Unternehmen müssen Energiekosten senken**
- **Denkmalschutzbehörden sind mitunter unsicher**
- **Gesetz soll rechtliche Klarheit schaffen**

„Hessens Denkmalschutz braucht mehr Energie“, fordert Dr. Stefan NAAS, kultur- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Naas' Forderung ist wörtlich zu verstehen: „Wir Freie Demokraten wollen Klimaschutz und Energiegewinnung noch mehr Menschen zugänglich machen, und zwar auch denjenigen, die in einem denkmalgeschützten Gebäude leben“, erklärt Naas. Daher haben die Freien Demokraten einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen auch an denkmalgeschützten Gebäuden ermöglichen soll. Dieser Gesetzentwurf wird heute in erster Lesung im Plenum beraten. Hintergrund sind Unsicherheiten bei Unteren Denkmalschutzbehörden ob und in welchem Umfang beispielsweise Solaranlagen genehmigt werden können. Diese Unsicherheit müsse abgeschafft werden, um sowohl Eigentümern von Einfamilienhäusern als auch Unternehmen, die ihren Betrieb in denkmalgeschützten Gebäuden haben, die Montage einer Photovoltaikanlage zu ermöglichen. „Jeder Unternehmer, der einen energieintensiven Betrieb hat, denkt dieser Tage nach, wie er seine Energiekosten irgendwie drücken kann“, erklärt Naas.

Dass Menschen gerade in aktuellen Zeiten Energie gewinnen und ihre Kosten senken wollten, sei nicht nur verständlich, sondern auch unterstützenswert. „Deswegen müssen den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten eingeräumt werden. Das können außer Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen zum Beispiel auch nachgerüstete Schornsteine

an der Außenwand des Innenhofs sein. Dafür ist es jetzt wichtig, für eine rechtliche Klarstellung zu sorgen und eine entsprechende Gesetzesänderung vorzunehmen“, sagt Naas. Das sei besser und weitreichender als eine Richtlinie, wie sie die Landesregierung genau einen Tag nach Einreichen des Gesetzentwurfs der Freien Demokraten vorgelegt hat.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de